verrat von Groß-Berlin aufgetragen wird, als Gegenmaßnahme gegen einen Generalstreik die Bürgerschaft jederzeit zu einem Bürgerstreik aufzurufen. Der Kommandant von Berlin und der Kommandanturrat erlassen einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung, der Aufforderung von unverantwortlicher Seite, in Massen auf die Straßen zu gehen, nicht nachzukommen.

Ruhe in Weimar.

Aus Weimar wird unterm 1. März gemeldet; Hier ist alles ruhig. Es herrscht keinerlei Streik.

Ueberfall auf eine Kaserne in Eisenach.

Ein Trupp von Zivilisten und Soldaten hat in Eisenach einen Ueberfall auf die Kaserne unternommen, um den Soldaten die Gewehre wegzunehmen. Die Angreifer sind jedoch entwaffnet worden. Auch ein Ueberfall auf das Postgebäude wurde abgeschlagen. Für heute haben die Eisenacher Arbeiter den Generalstreik beschlossen.

Revolte auf einer oberschlesischen Grube.

Auf der Friedensgrube in Oberschlesien revoltierten die Arbeiter gegen die Beamten und mißhandelten einen Bergverwalter schwer. Die Grubengeräte und Maschinen sind durch die Kommunisten zerstört worden. Die gesamte Belegschaft ist ausständig.

Flieger über München.

Ueber München sind Flieger des dritten Armeekorps erschienen und haben Tausende von Flugblättern abgeworfen, in denen die Arbeiter und Soldaten Münchens aufgefordert werden, sich von keiner Minderheit terrorisieren zu lassen. Es heißt in dem Flugblatt: Die Arbeiter und Soldaten von Amberg, Bayreuth, Sulzbach, Straubing, Erlangen, Ingolstadt, Grafenwöhr, Nürnberg und Fürth verurteilen die Gewaltherrschaft in München und sind bereit, gegebenenfalls mit Waffengewalt in München einzumarschieren.

Der Rätekongreß hat folgendes Ministerium gewählt: Präsident, Inneres und Aeußeres Segitz, Handels, Gewerbe und Industrie: Simon (Fürth), Kultus: Nickisch, Justiz: Endres-Würzburg, Finanzen: Jaffe, Landwirtschaft Ditr (Anhofen), soziale Fürsorge: Unterleitner, militärische Angelegenheiten: Scheid, Verkehr: Frauendorfer.

Braunschweig noch nicht Räterepublik.

Als Sonnabend vormittag der im Braunschweiger Schloß tagende Ausschuß der Braunschweiger Arbeiterschaft zur Beratung weiterer Maßnahmen über die Errichtung der Räterepublik Braunschweig zusammengekommen war, sprach sich derselbe nach mehrstündiger Verhandlung dahin aus, daß die Ausrufung der Räterepublik verfrüht sei, und beschloß vorläufig davon Abstand zu nehmen. Es kam zum Ausdruck, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs nach wie vor auf dem Boden der Räterepublik steht, aber den rechten Zeitpunkt für deren Errichtung in Braunschweig noch nicht als gekommen erachtet. Man müsse die Gewähr haben, das Erreichte auch halten zu können. Es wurde ein neungliedriges Aktionskomitee gebildet.

Der zweite Rätekongreß.

Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik (gez. M. Cohen) richtet an die Arbeiter, Bauern und Soldaten Deutschlands und Deutschösterreichs eine Einladung zum 2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, in der es heißt:

Die Entwicklung der Dinge in Deutschland macht den Zusammentritt eines zweiten Kongresses nötig, der hierdurch auf Mittwoch, den 26. März nach Berlin einberufen wird. Damit auf diesem Kongreß die wahre Stimmung des arbeitenden Volkes zum Ausdruck kommt, sind Neuwahlen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte absolut erforderlich.

Ernste Arbeiterunruhen im Elsaß.

Wie aus St. Ludwig gemeldet wird, sind in Mülhausen ernste Arbeiterkämpfe ausgebrochen. Die Zahl der Ausständigen soll 20 000 betragen. Infolge der enormen Teuerung der Lebensmittel muß mit dem Generalstreik im ganzen Lande gerechnet werden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. März 1919.

—* **Vollsitzung des A.- und S.-Rates.** Der hiesige A.- und S.-Rat ersucht uns um Aufnahme nachstehenden Berichts: Der Vorsitzende eröffnet 6,45 die Sitzung und berichtet zunächst über die Tätigkeit des Vollzugsausschusses während der letzten Wochen. Als positive Ergebnisse dieser Tätigkeit sind zu nennen: 1. die Durchführung der Urbarmachung der Exerzierplätze, die nun so weit gediehen ist, daß die einzelnen Parzellen vergeben werden können, 2. daß die dem Verderben ausgesetzt gewesenen Kartoffeln auf dem sog. schwarzen Platz geborgen sind, und 3., daß die Lösung der Kohlenfrage heute endgültig zu erwarten ist. Ein Probealarm der Hundertschaften hat die absolute Schlagfertigkeit der Truppe erwiesen. — Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage", geht der Vorsitzende näher auf die unleugbare Zuspitzung im öffentlichen Leben ein. Derselbe nimmt dann Stellung zur gegenwärtigen Situation, die durch Bildung einer Schutzwehr in Westfalen geschaffen worden ist. Der diesbezügliche Bericht meldet, daß diese Schutzwehr alle Soldatenräte absetze, läßt aber die Frage offen, ob auch das Militär demobilisiert worden sei. Kamerad Becker berichtet sodann über die von Großenhain einberufene Konferenz der A.- und S.-Räte Sachsens, die dann eine Abordnung ins Ministerium für Militärwesen entsandte, dort die Absetzung aller Offiziere bis zur Klärung dieser Frage durch eine Landeskonferenz verlangte, jedoch vom Minister eine entschiedene Absage erhielt. Der diesbezügliche vom Ministerium abgefaßte Bericht sei nicht wahrheitsgemäß. Kamerad Fels berichtet vom Divisionsvertretertag Chemnitz, daß im Anschluß an diese Konferenz die 40. J.-D. dahin übereinkam, sofort alle Offiziere bis zur Entscheidung der Frage durch das Ministerium zu beurlauben und zur Unterstützung dieser Maßnahme in den betr. Garnisonen Protestkundgebungen zu veranstalten. In diesen Versammlungen wurde überall mit großer Majorität dem Vorgehen des Divisionsvertretertages zugestimmt. Minister Neuring machte nunmehr das Zugeständnis, daß innerhalb 4 Wochen vollständig demobilisiert sein würde. Sehr treffend bemerkte im Verlauf dieser Debatte Kamerad Kneis, daß viel wichtiger als die Abschaffung der Offiziere, die Abschaffung der alten verzopften Geheimrats-Sippschaft sei. Die Versammlung nimmt dann Kenntnis von drei eingegangenen Telegrammen. Das erste, vom Minister für Militärwesen besagt, daß keine Regierungstruppen im Anmarsch seien. Das 2., daß die Entlassung der Offiziere ungesetzlich sei, und das 3. vom 19. A.-K. fordert zur Beschickung der Dresdner Konferenz am 2. und 3. März auf. Zwei Genossen der Mehrheitsrichtung nehmen dann scharf Stellung gegen die sich hier bemerkbar machende verderbliche Beeinflussung des Jahrganges 99 und unterstreichen nochmals die ablehnende Haltung dieser Richtung gegen die jetzt tobende Streikwut, die praktisch keinen anderen Erfolg zu zeitigen imstande sei, als die gegenwärtige furchtbare Lage noch zu verschlimmern. Dem wird von Rednern der Gegenseite entgegen gehalten, daß die zaghafte Politik der jetzigen Regierung in der Sozialisierungsfrage das Vertrauen zu ihr bei den Massen untergrabe, die sich dann infolgedessen gezwungen sehe, ihren Forderungen durch Streiks Nachdruck zu verleihen. Auch das Gebaren der aktiven Offiziere gäbe Anlaß zum Nachdenken, und es sei infolgedessen nicht angängig, die Offiziersfrage als eine untergeordnete zu behandeln. Nach längerem Hin und Her, währenddessen die gegenseitigen Meinungen mitunter recht scharfen Ausdruck finden, gewinnt man den Eindruck, daß die Mehrheit der Versammlung eine einseitige politische Beeinflussung der 99er im Sinne der Unabhängigen nicht gutheißt, noch viel weniger, wenn es von einem S.-Rat geschieht, der damit die Tätigkeit der S.-Räte in der Oeffentlichkeit bloßstelle und dieselben in ihrem ohnehin schweren Existenzkampf hindere. Zu Punkt 2: „Verschiedenes" stand ein vom aktiven Unteroffizier eingereichter Wahlprotest zur Klärung, der dahingehend entschieden wurde, daß die Versammlung dem Kam. Hause vollstes Vertrauen für seine bewiesene Zuverlässigkeit, aufopfernde Hingebung und Gewissenhaftigkeit aussprach. Dieser Protest stellte sich nach gewissenhafter Klärung der diesbezüglichen Vorgänge als eine Conspiration gegen die Person Hauses heraus und wurde erfreulicherweise von der Versammlung in gebührender Weise als unbegründet zurückgewiesen. Der allgemeine Wunsch der Versammlung äußerte sich dahin, daß Hause auch weiter als Garnisonältester fungiere und zeichne. Einen wohltuenden Abschluß gab dieser, manchmal recht stürmisch erregten Sitzung, die mit allseitiger Freude aufgenommene Erklärung des Genossen Scherffig, der, unaufhörlichem Drängen der Arbeiterschaft Rechnung tragend, sich über die schweren Beweggründe, die für seinen angekündigten Rücktritt vom Amte des Vorsitzenden des Vollzugsausschusses maßgebend waren, hinweggesetzt habe, und nunmehr entschlossen sei, dem A.- und S.-Rat auch ferner als Vorsitzender angehören zu wollen. Schluß ½11 Uhr.

—* **Diamantene Hochzeit.** Herr Privatus August Naumann in Riesa, Goethestraße 63, und dessen Gattin begingen heute das seltene Fest der diamantenen Hochzeit.

—* **Landwirtschaftliche Versammlung.** Der Landwirtschaftliche Kreisverein Dresden hielt am Sonnabend in der „Elbterrasse" eine Bezirksversammlung ab, die sehr gut besucht war. Vom Direktorium des Kreisvereins waren Herr Geheimer Oekonomierat Andrä und Herr Geschäftsführer Dr. Müller anwesend. Herr Geheimrat Andrä eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten an die Erschienenen, insbesondere an Herrn Geheimrat Amtshauptmann Dr. Uhlemann, Großenhain, und ging sodann zu einer Besprechung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage über. Er wies zunächst auf die Vorgänge in Mittel-, Süd- und Westdeutschland hin, die zeigten, daß wir in Verhältnisse hineingeworfen seien, die zu den bedenklichsten Aussichten veranlaßten. Redner berührte hierauf die sich fortgesetzt mehrenden Felddiebstähle, Einbrüche und Unterschlagungen, die erkennen ließen, daß die Achtung vor dem Eigentum immer mehr schwinde. Es scheine heute, als ob die seit 1870/71 eingesetzte Entwickelung Deutschlands zur Weltwirtschaft und zum Industriestaat unserem Volke nicht zum Segen werden solle. Ein Agrarstaat wie Rußland werde den Zusammenbruch leichter überwinden als wir. Auch die Verbandsländer würden mit dem Bolschewismus noch böse Erfahrungen machen. Was uns not tue, zeigte er an Ausführungen eines Herrn Dr. Müller (Sohn eines früher in Riesa tätig gewesenen Kantors Müller) und an einem Ausspruch Rosseggers: echter Gottesglaube und innerliche Erstarkung. Hierauf kam Redner auf die Lage der sächsischen Landwirtschaft zu sprechen. Er erwähnte das Vorgehen der Landwirte in verschiedenen Bezirken, wo die Nichtablieferung landwirtschaftlicher Produkte angedroht worden sei, wenn nicht verschiedene Zwangsmaßregeln zurückgenommen würden. Redner erkannte die schwierige Lage der Landwirte an, meinte aber doch, daß die Verhältnisse im Augenblick erforderten, daß die Landwirtschaft sich den Anordnungen der Regierung füge, der doch nun einmal die Pflicht obliege, für Brot zu sorgen. Für Getreide und Vieh werde die Zwangswirtschaft wegen eines gerechten Ausgleiches noch stattfinden müssen, im übrigen aber müsse für eine Reihe Produkte der Abbau der Zwangswirtschaft gefordert werden. Zur Düngerfrage bemerkte Redner, daß die Ratschläge zur Erhaltung des Stalldüngers gut, aber jetzt nicht durchführbar seien. Die Aussichten für die Beschaffung künstlichen Düngers seien nicht erfreulich, nur die Belieferung mit Kali werde in genügenden Mengen erfolgen können. Die Schlachtviehanforderungen seien noch immer sehr große, und die gezahlten Preise stünden in keinem Verhältnis zu den Erzeugungskosten. Die Vorwürfe gegen den Viehhandelsverband seien aber nicht berechtigt. Für die Kartoffelaussaat seien die Aussichten sehr trübe, weil es nicht gelingen werde, aus anderen deutschen Provinzen Kartoffeln hereinzubringen. Es sei bedauerlich, daß der Preis für die Kartoffeln der Ernte 1919 wahrscheinlich kein höherer sein werde, denn infolge der Arbeitslöhne und Verteuerung der Materialien sei eine Erhöhung notwendig. Die sächsische Regierung stehe auf dem Standpunkt, in Berlin beantragen zu sollen, jetzt den Abbau der landwirtschaftlichen Preise vorzunehmen. Es sei zu erwarten, daß die Reichsregierung diesem Antrage nicht stattgeben werde. Die Pferdezucht müsse gefördert werden. Viele tausend Pferde seien im Revolutionsgetriebe dem Schlächter verfallen, die noch gute Gebrauchspferde gewesen seien. Auch die Viehzucht werde mit allen Mitteln gehoben werden müssen. Es solle im Erzgebirge die Förderung der Weidewirtschaft betrieben werden, aber nicht nur für dortige, sondern auch für die Züchter im Hinterland. Die Schweinewirtschaft zu heben sei aussichtslos, solange die Zwangswirtschaft und der Futtermangel bestehen. Man solle sich die Schafhaltung angelegen sein lassen. Schafhaltungsgenossenschaften seien begründet worden, doch es fehle an den nötigen Tieren. Zur Frage der Kriegsgewinnsteuer führte der Redner aus, es unterliege keinem Zweifel, daß viele Landwirte jetzt mehr Geld zur Verfügung hätten, als zu Anfang des Krieges, weil ein geringeres Kapital jetzt im Betrieb angelegt sei. Als Mindestsatz würden hierfür 15% anzunehmen sein. Mit der neuen Landarbeiterordnung werde die Landwirtschaft sich abfinden müssen. Würden Schwierigkeiten gemacht worden sein, so wären sicherlich noch härtere Bestimmungen herausgekommen. Die Verordnung sei nicht so schlimm, wie sie von vielen Seiten gemacht werde, besonders in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse. Zur Regelung der Lohnfrage sei in den Amtshauptmannschaften die Bildung von freiwilligen Arbeitgeberverbänden in Aussicht genommen, die auf paritätischer Grundlage versuchen sollen, mit den Vertretern der Arbeitnehmer gewisse Lohn- und Tariffragen zu regeln. Auch dieser Bewegung werde die Landwirtschaft nicht ausweichen können. Die Siedlungsfrage werde für große Teile Sachsens nicht akut werden. Insbesondere werde schon wegen der Baukostenfrage ein langsameres Tempo eintreten. In der Aussprache äußerte sich Herr Heyde, Cottewitz, zu verschiedenen Punkten des Vortrages. Sogut wie der Züchter enorme Preise erhalte, müsse auch der Landwirt, der für die Ernährung sorge, entsprechende Preise erhalten. Den Satz von 15% der jetzt gegen früher weniger im Gesamtbetrieb investiert sei, hielt er für zu gering. Herr Geheimrat Andrä meinte, daß der Ankauf des teuren Zuchtviehs jetzt überhaupt nicht anzuraten sei. Herr Kommerzienrat Schönherr warnte vor der vielfach verbreiteten Annahme, daß das Uebergreifen des Bolschewismus auf die Verbandsländer eine Erleichterung der Verhältnisse in Deutschland herbeiführen werde. Zur Steuerfrage bemerkte er, daß es keinen Zweck habe, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern man müsse klar in die Zukunft sehen. Er zog sodann eine Bilanz Deutschlands, die mit einer Schuldenlast von nicht weniger als 350 Milliarden abschloß. Es sei also kaum zweckmäßig, daß der Streik der Arbeiter auch auf die Bürgerschaft übergreife. Dies sei ein ganz gefährliches Beginnen. Es sei nicht abzusehen, was daraus entstehen könne, sicherlich aber würden wir dann den Bolschewismus haben. Die Macht, diese Krankheit zu kurieren, habe zurzeit in Deutschland kein Mensch. Man müsse sie sich langsam ausheilen lassen. Sie sei eine Folge der Ueberanstrengung während des Krieges. Zweifellos sei die Möglichkeit des Durchhaltens von der Regierung übergeschätzt worden. Es sei unmöglich gewesen, daß ein Volk derartige Anstrengungen auf die Dauer habe aushalten können, es sei nur möglich gewesen für eine kurze Zeit. Es sei schon zu Anfang des Krieges gesagt worden, daß der Krieg ein Kampf der Technik sei. Dann hätte man aber in dem Augenblick, als Amerika in den Krieg eintrat, sich sagen müssen, daß es unmöglich sei, dieser Macht auf die Dauer zu widerstehen. Herr Geheimrat Amtshauptmann Dr. Uhlemann hob eingangs seiner Ausführungen ebenfalls hervor, daß die Entwickelung seit 70/71 den Materialismus großgezogen, den inneren Menschen aber vernachlässigt habe. Sodann betonte er, daß im Bezirk Großenhain kein Milchzwang sei, und legte weiter die Gründe dar, die es notwendig gemacht hätten, daß Landwirten in der Nähe von Riesa die Lieferung von Milch zur Pflicht gemacht worden sei. Die Landarbeitsverordnung habe sich nicht vermeiden lassen. Die Wahrnehmung sei zu machen, daß Kriegsbeschädigte, die etwas Geld in Händen hätten, dieses zum Ankauf eines Anwesens verwenden möchten. Man möge in solchen Fällen Gutachten über den Gutswert sehr vorsichtig abgeben. Es hielt nunmehr Herr Tierzuchtinspektor Dr. Bruchholz einen Vortrag über die bisherigen Erfahrungen mit den Maßnahmen genügender Futterbeschaffung in der eigenen Wirtschaft. Infolge des Fehlens ausländischer Futtermittel werde unsere Tierhaltung den Umfang nicht einhalten können, den sie früher eingenommen habe. Wir müßten aber mit allen Mitteln die Tierhaltung wieder auf die Höhe zu bringen suchen. Es müßten bodenständige Tiere gezüchtet werden, um die hohen Preise für die Tiere im Lande behalten zu können. Auch die Dauerweiden müßten erheblich vermehrt werden. Die Vermehrung des Futterbaues dürfe nicht auf Kosten des Kartoffel- und Brotbaues erfolgen. Alles was man vom Acker ernte und was der Mensch verzehren könne, müsse auch dem Menschen zur Nahrung verbleiben. Die Futterbeschaffung dürfe aber auch nicht auf Kosten des Reinertrages geschehen. Redner gab sodann einige sehr eiweißhaltige Futtermittel bekannt, u. a. Leinsamen, Mais, getrockneter Stoppelklee, Luzerne, Gelbklee, Serradelle und Inkarnatklee und besprach die über den Anbau bisher vorliegenden Erfahrungen. Sodann kam er auf die Methode des Einsäuerns zu sprechen und schilderte hierbei die Schweizer Gärkammer, die gewöhnliche Sauerfuttergrube und den Siloturm. Die Untersuchungen hätten gezeigt, daß bisher kein besonderer Vorzug der Schweizer Gärkammer vorliege, in der gewöhnlichen Sauerfuttergrube sei das Futter genau so gut geworden. Schließlich machte Redner noch darauf aufmerksam, daß der Futterverwertung der Tiere das größte Augenmerk zu schenken sei. — Nachdem Herr Heyde, Cottewitz, dem Direktorium des Kreisvereins für seine Tätigkeit den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung gegen ½8 Uhr geschlossen.

—* **Konzert Annamarie Land — Professor Georg Wille.** Was das Konzert der beiden von hervorragender Musikalität erfüllten Künstler besonders wertvoll machte, war die durchaus abgerundete Vortragsfolge und die vollkommene Interpretation. Annamarie Land, eine auch in unserer Stadt mit Recht hochgeschätzte Gesangs- und Klavierpädagogin, besitzt zwar nicht den Glanz und den hohen Schwung eines großen virtuosen Soprans, aber dafür sind ihr vorzügliche Ausdrucksmittel, ursprüngliche Auffassung, hohe Stimmkultur, tadellose Behandlung des Wortes und eine vorbildliche Atemtechnik eigen. In Liedern von Brahms, Franz, Schubert, Strauß und Wolf, trefflich begleitet von Prof. Georg Wille (!), erwies sie von neuem ihre Qualifikation nicht nur zur Lehrerin, sondern auch zur vortragenden Künstlerin. Brahms' „Immer leiser wird mein Schlummer" wurde durch stark persönliche Erfassung des Inhaltes zum Erlebnis. Beim Hören des ungegebenen Schubert'schen „Heidenröslein" legt man sich immer wieder die Frage vor, wie es nur gekommen ist, daß diese reizende ⅞-Takt-Melodie verdrängt werden konnte durch den Werner'schen hinkenden ⅝-Takt. Als Pianistin bot Annamarie Land die inhaltreichere der beiden Brahms'schen Rhapsodien. Der heutzutage unmögliche Transport eines Konzertflügels zwang sie, einen älteren Flügel zu spielen, der wohl zu Begleitungen, aber nicht mehr zu solistischem Vortrage sich eignet. Trotzdem ließ das Spiel die Fähigkeiten eines feinen Anschlages und künstlerischer Auffassung erkennen. Professor Georg Wille nahm Joh. Seb. Bach und seinen Amsterdamer Zeitgenossen Locatelli auf. Aus diesen Werken greisenhaften Alters erblüht unter Wille's virtuosem Griff und unübertrefflicher Bogenführung neues Leben. Eine eminente Gestaltungskraft sprach aus der Bach'schen Gavotte, der Gigue und dem 2. Satz der Cellosonate von Locatelli. In Stücken von Romberg, Vieux und Fitzenhagen ließ der Meister alle Künste springen: Pizzikati, Staktato-Passagen, akkordisches Flageolett und das ihm besonders eigene sul-ponticelli- und sul-tasto-Spiel. Mit solcher Selbstverständlichkeit hat sich wohl selten ein Konzertpublikum nach Abschluß der Vortragsfolge durch Sitzenbleiben gewissermaßen solidarisch erklärt in dem Verlangen nach einer Zugabe, wie gestern nach der Fitzenhagen'schen Mazurka, in der — eine Studie für sich — Wille'scher Humor mitklang. Die Zuhörerschaft bereitete den konzertgebenden Künstlern lebhafte Ovationen, die ihren äußeren Ausdruck in der Ueberreichung von Blumengewinden fanden. J. S.

—* **Gastspiel der Petrenz-Oper.** Zu den vorangegangenen vorzüglichen Gastspielen der Operschule Petrenz stand die Aufführung von Humperdinck's „Hänsel und Gretel" in einem gewissen Gegensatze. Es ist selbstverständlich ungemein schwer, mit einer Märchenoper auf die Wanderschaft zu gehen. Denn alles, was in bühnenmäßiger Darstellung aufs Phantastische und Allegorische hinausläuft, ist hinsichtlich der Ausstattung und auch des Spieles für gewöhnlich gebunden an Ort und Stelle der Einstudierung. Das ist aus bühnentechnischen Gründen nun einmal nicht anders. Deshalb blieb, trotzdem sich Direktor Felix Petrenz mit Herbeischaffung von Dekorationen und Requisiten die größte Mühe gegeben hatte, schon in dieser Hinsicht mancher Wunsch offen. Aber auch in Spiel und Gesang wurde das Niveau, auf dem frühere Aufführungen sich bewegten, nicht erreicht. Anfangs schien es, als ob die ungünstige Lage des dem Berichterstatter zugedachten Platzes es verschuldet habe, daß das gesungene Wort vielfach unverständlich blieb; aber auch ein Wechsel des Platzes änderte nichts an dieser Tatsache. Nur das Geschwisterpaar Hänsel und Gretel, Thea Geppert und Milda Goldberg-Thiele, entsprach in seiner ungezwungenen Frische und Natürlichkeit musikalisch und darstellerisch höher gerichteten Anforderungen. Sehr hübsch wirkte der Abendsegen von den vierzehn Engeln. Es waren aber bloß zwölf. In die epische Breite der Humperdinck'schen Musik und der Dichtung seiner Schwester brachte im 3. Bild der Chor der Knuckenkinder einiges Leben. Auffallend schön aber war das durch Mitglieder der Kapelle des Sächsischen Landestheaters verstärkte Orchester. Wenn es auch, im Gegensatze zur Voranzeige, in der Disposition nicht zu „groß" war, so entwickelte es doch unter der hoher Anerkennung werten Leitung Petrenz' ganz hervorragendes Können. Besonders exakt musizierte die Holzbläsergruppe. Der Zuhörerraum wies einige Lücken auf. J. S.

—* **Konferenz der Armeekorpssoldatenräte.** Gestern, Sonntag, den 2. März, fand im Volkshause in Dresden eine Konferenz der Armeekorpssoldatenräte des 12. und 19. sächsischen Armeekorps statt, an der auch der Minister für Militärwesen teilnahm. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage der Demobilisation und nahm nach ausgiebiger Aussprache einstimmig folgende Resolution an: Die Konferenz fordert die beschleunigte restlose Demobilisierung des jetzigen Heeres und nimmt Kenntnis davon, daß auch das Ministerium für Militär-